Lagebericht Cybercrime 2024

Anhaltend hohe Bedrohungslage

[05.06.2025] Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und BKA-Präsident Holger Münch haben den Lagebericht Cybercrime 2024 vorgestellt. Demnach waren vor allem öffentliche Einrichtungen und Behörden Ziele von Ransomwaren-Angriffen.

Die Bedrohungslage durch Cyberkriminalität ist in Deutschland anhaltend hoch. Ein Indikator dafür ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die 131.391 in Deutschland verübte Cybercrime-Fälle für das Jahr 2024 ausweist. Weitere 201.877 Straftaten wurden vom Ausland oder einem unbekannten Ort aus verübt. Das geht aus dem Bundeslagebild Cybercrime 2024 hervor, das Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch nun vorgestellt haben.

Die hohe Bedrohungslage für das Jahr 2024 war dabei nach Angaben des Bundesinnenministeriums geprägt von hacktivistischen DDoS-Kampagnen und einer Vielzahl von schweren Ransomware-Angriffen, die teils weitreichende Auswirkungen auf IT-Lieferketten hatten. Ziele der im Laufe des vergangenen Jahres festgestellten Kampagnen seien primär öffentliche Einrichtungen und (Bundes-)Behörden gewesen. Das Bundeslagebild Cybercrime zeige außerdem eine weitere Professionalisierung der Cyberkriminellen – das Geschäftsmodell „Cybercrime-as-a-Service“ werde inzwischen in industriellen Maßstäben angeboten. Entwicklungen im Bereich der KI dürften diesen Trend noch verstärken.

„Wir beobachten eine zunehmende Ausweitung geopolitischer Konflikte in den digitalen Raum und stellen fest, dass die hybride Bedrohung in Deutschland erkennbar angestiegen ist“, kommentiert Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. „Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen finanziell und politisch motivierten Cyber-Gruppierungen immer mehr.“ Laut BKA-Präsident Holger Münch werden der Polizei in Deutschland jeden Tag zwei bis drei schwere Ransomware-Angriffe angezeigt. „Mit international koordinierten Maßnahmen haben wir aber auch im vergangenen Jahr gezeigt, dass wir nicht nachlassen und der gesteigerten Bedrohungslage effektive polizeiliche Maßnahmen entgegensetzen“, so Münch. Dabei habe man den kriminellen Akteuren nicht nur ihre technischen Infrastrukturen und Finanzmittel entzogen, sondern auch Misstrauen in der Underground Economy geschürt. Die Maßnahmen haben demnach zu einem Rückgang der Ransomware-Angriffe geführt und auch Auswirkungen auf die Einnahmen der Täter gehabt.

Angesichts der wachsenden Bedrohung wolle man die Fähigkeiten, Cyberkriminalität zu verfolgen und aufzuklären, künftig weiter ausbauen und stärken, erklärten Dobrindt und Münch abschließend.

(bw)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Alexander Dobrindt, BKA, BMI, Cyberkriminalität, Cybersecurity